



Tarifikämpfe im Öffentlichen Dienst von Bund und Gemeinden:

Klatschen vom Balkon war gestern – Wertschätzung heute heißt Lohnerhöhung!

„Wir wollen keinen symbolischen Händedruck oder Lavendelsträuße wie in Rheinland-Pfalz“, so zitiert ver.di.s Mitgliederzeitung eine Intensiv-Pflegekraft. Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, die Gewerkschaften



Erziehung und Wissenschaft, Bauen Agrar Umwelt und der Polizei sowie der Beamtenbund kämpfen derzeit für höhere Löhne und Gehälter für 2,3 Millionen Arbeiter, Angestellte und Auszubildende. Die Betroffenen fahren unsere kommunalen Busse, erziehen unsere

Kleinkinder und pflegen unsere Alten, halten die stationäre Krankenversorgung aufrecht, organisieren den Schulbetrieb, die Gesundheitsämter, arbeiten in der Verwaltung der Polizei, als Autobahn-Straßenwärter oder kehren unsere Straßen, fahren unseren Müll ab und vieles mehr.

Beschäftigte vieler privater oder von freien Trägern betriebener Krankenhäuser, Altenheime, Rettungsdienste und Kindertagesstätten sind betroffen. Deren Bezahlung orientiert sich oft an den Tarifverträgen des Öffentlichen Dienstes. Zudem die Hunderttausender beamteter Lehrkräfte, Polizisten, Feuerwehrleuten und mehr. Den Respekt für sie, in Sonntagsreden gerne eingefordert wenn es nix kostet, verwehren ihnen große Teile von Politik und Medien dann, wenn es um Löhne und Gehälter geht.

Betroffen sind aber auch Millionen gesetzlicher Rentner*innen. Da die Rentenerhöhungen 2021 an die Lohnerhöhungen 2020 gekoppelt sind, wird es mehr Geld für sie nur geben, wenn die Berufstätigen Lohnerhöhungen durchsetzen. Und da sieht es in einigen Branchen mau aus, nicht nur durch Corona. Die Krise der Automobilindustrie und deren Zulieferern hatte schon 2019 begonnen.

Die Gewerkschaften schlugen einen Tarifabschluß mit kurzer Laufzeit vor, um nach der Pandemie dann eine „normale“ Tarifrunde durchzuführen. Das wollten aber die politischen Spitzen in Bund und Kommunen nicht. Sie bevorzugten einen Tarifvertrag mit minimalen Steigerungen auf mehrere Jahre. Während Konzernen Unsummen zugesteckt werden, der Lufthansa z.B. 9 Mrd. Euro Steuergelder, sollten die jüngst noch gefeierten „Heldinnen und Helden“ über Jahre Reallohnverluste hinnehmen.



Symbolbild, früherer ver.di-Streik in Mainz, Quelle:

Die öffentlichen Arbeitgeber spekulierten darauf, daß die Gewerkschaften in Zeiten der Corona-Krise weniger handlungsfähig seien. Wenn jetzt deren Mitglieder im ÖPNV und in öffentlichen Einrichtungen streiken, dann haben das die

genannten Herrschaften bewußt provoziert und sich verspekuliert. Lohnverhandlungen ohne Streikrecht wären kollektives Betteln, stellte schon vor 40 Jahren das Bundesarbeitsgericht fest.

Wer sich jetzt dazu hinreißen läßt, in das Gezeter gegen die Gewerkschaften einzustimmen, weil mal

kein Bus fährt oder die Kita zu ist, gehört wohl zu den oberen 10%, die keinen funktionierenden Öffentlichen Dienst brauchen. Oder er verrät seine eigenen Interessen, ob als Arbeiter, Angestellter oder Rentner. Solidarität mit den Kolleg*innen von ver.di, GEW, GdP, BAU und dbb ist jetzt angesagt!

Wer trägt die Krisenlasten?

„Wer soll für die Krise zahlen? Wir meinen: **Die Millionäre und Milliardäre, nicht die Arbeitenden, die Erwerbslosen und die Rentner!** Zudem: **Rüstungskosten senken, statt auf 2% des BIP erhöhen!**“, das schrieben wir schon im April-FUNKEN. Kurz darauf stellte uns der Landesinnenminister und SPD-Vorsitzende von RLP in einer Pressekonferenz deshalb auf eine Stufe mit Rassisten und Faschisten. Das sagt über ihn wohl mehr aus als über uns.



Wir erinnern hier daran, weil auch der Ausgang der Tarifrunde im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen mit darüber

entscheidet, wer letztendlich die Kosten der Krise wird bezahlen müssen, wer all die Schulden bezahlen soll, die jetzt gemacht werden.

Dabei dienen leere Sprüche von den „künftigen Generationen“ nur der Vernebelung, weil die Schulden der einen immer die Guthaben der anderen sind. Vernebelt soll werden, daß Staatsschulden auch eine Form der Geldanlage für jene Reichen und

Superreichen sind, die seit Jahrzehnten steuerlich entlastet wurden. Zudem profitieren sie von der Agendapolitik, der Schaffung eines Niedriglohnssektors und prekärer Arbeitsverhältnisse, davon, daß von allen Arbeitenden geschaffener Reichtum von unten nach oben verteilt wurde und wird. Die Schulden von heute werden einerseits die Belastungen kommender Generationen von Arbeitenden und Rentnern sein, andererseits die leistungslosen Einkünfte kommender Generationen Reicher und Superreicher.

Wir fordern deshalb eine Vermögensabgabe für große Vermögen zur Finanzierung der Krisenlasten und eine höhere Besteuerung großer Einkünfte und Erbschaften sowie die Wiedererhebung der Vermögenssteuer.

Das würde längst noch nicht den Rahmen des Kapitalismus sprengen, aber Steuersätze wie noch zu Zeiten von Helmut Kohl und ein Lastenausgleich (damals der Kriegslasten) wie unter Adenauer wären schon ein Fortschritt gegenüber der jetzigen Einkommens-, Vermögens- und Lastenverteilung. Mit Gerechtigkeit oder Fairness, von der Reformisten gerne reden, hätte das wenig zu tun. Solange sich Kapitalisten aufgrund des Privatbesitzes an wesentlichen Produktionsmitteln einen großen Teil dessen aneignen können, was Arbeitende schaffen, geht es weder gerecht noch fair zu.

Liebe Leserinnen und Leser,

auf zwei Seiten kann man nur wenige Themen behandeln. Steigende Rüstungslasten und Kriegsgefahren, atomare Aufrüstung in Büchel, Seenotrettung, die drohende Klimakatastrophe, Gleichstellung aller Menschen, unabhängig von Geschlecht oder sexueller Orientierung, Re-Kommunalisierung öffentlicher Dienstleistungen, aktuell der Busbetriebe, aber auch der Bäder und der Stadtwerke, Schutz des freien Sonntags, Wohnungsbau, die Probleme von Künstlern und Soloselbständigen in dieser Krise sind Themen, zu denen es in Bad Kreuznach Bewegungen und politischen Streit gibt, wozu wir unsere Positionen haben und auch unsere Kraft als kleine Partei einbringen. In diesem FUNKE reichte der Platz dafür leider nicht.



CSD 2020 in Bad Kreuznach, Foto privat

der funke extra, Oktober 2020, Zeitung der Bad Kreuznacher DKP. Kontakt und v.i.s.d.P.:

V. Metzroth, Postfach 525, 55529 Bad Kreuznach, eMail volker-metzroth@dkp-bad-kreuznach.de, Versand als eMail und Verteilung als Flugblatt in wechselnder Auflage, durch Spenden finanziert. Weitere Info unter www.dkp-bad-kreuznach.de
Die lokale Gruppe der DKP trifft sich am **12. Oktober, 16. November und 21. Dezember** um 19 Uhr im Wassersümpfchen 23, KH. Die jeweils geltenden Schutzbestimmungen bezüglich der Corona-Pandemie sind zu beachten.